



**Bericht der sozialistischen Partei der Argentinischen
Republik an den Internationalen Sozialistenkongress in Wien.**

1910 - 1914

Seit 1910, in welchem Jahre wir den in Kopenhagen tagenden internationalen Kongress beschickten, hat sich sowohl die Situation dieses Landes, als auch diejenige unserer Partei sichtlich verändert.

Um die Mitte des Jahres 1910, nach einer Zeit der Verfolgungen gegen die gesamte Arbeiterbewegung, in demselben Jahre, in welchem die Hundertjahrfeier der argentinischen Revolution und seiner politischen Unabhängigkeit begangen wurde, sanktionierte der Nationalkongress in wenigen Stunden das Gesetz der sozialen Verteidigung, ein Strafgesetz, welches im internationalen Kongress von Kopenhagen gekennzeichnet wurde, und gegen dessen Bestehen die sozialistische Partei im Besonderen und die ganze Arbeiterklasse Argentiniens unaufhörlich protestiert hat.

Der Regierungswechsel entfernte endlich die Leute aus der Regierung, welche mit dem Präsidenten Figueroa Alcorta eine in jedem Sinne unreaktionäre Tätigkeit entfaltet hatten.

Die Unterdrückungsgesetze wurden zwar nicht aufgehoben, aber ihre Anwendung wurde gemildert, wenn auch ihre Existenz sich der proletarischen Bewegung immer noch fühlbar genug machte.

Als der neue Präsident Saenz Peña die Reform des Wahlgesetzes empfahl, mit Einführung der geheimen und obligatorischen Abstimmung, und der unvollständigen Liste, unterstützte die sozialistische Partei die Initiative der Regierung, ihre Annahme vom Parlament verlangend, und befürwortete die Einführung der Verhältniswahl, als gerechtem und demokratischem System. Der Kongress sanktionierte das Gesetz im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage (geheime Abstimmung, Wahlpflicht, unvollständige Liste), und so konnten wir mit besseren Aussichten an den Neuwahlen des Jahres 1912 teilnehmen.

Die Wahlen am 7. April brachten der Partei zwei Sitze für die Stadt Buenos Aires. Gewählt waren die Bürger Alfredo L. Palacios (der schon von 1904 bis 1908 Deputierter gewesen) und Juan B. Justo. Es erschienen sozialistische Stimmen in den Provinzen, hauptsächlich in der Provinz Buenos Aires, und in geringer Zahl in Santa Fé. Unsere Vertreter betätigten sich energisch im Parlament, und ihre Tätigkeit begünstigte die Entwicklung der Partei. Ihre Sektionen vervielfältigten sich, die Mitgliederzahl stieg, die Beitragsleistung wurde regelmässiger. Die Propaganda unserer Vertreter, von der Parlamentstribüne herab mit Feuer betrieben, unterstützt durch die Rührigkeit und den Enthusiasmus unserer Presse, unserer Organisationen und unserer Anhänger, erweckte intensiven Widerhall im ganzen Lande.

Die parlamentarische Tätigkeit übersetzte sich in unmittelbaren Fortschritt. Aus den entsprechenden Tabellen ist im Einzelnen zu ersehen, dass die Zeiten stärkerer Entwicklung zusammenfallen mit denen, in welchen die Partei Vertretung im Parlament hatte.

Im März 1913 hatten in der Stadt Buenos Aires drei Nachwahlen für die Kammer stattzufinden. Ein Mandat war für drei Jahre, und zwei für ein Jahr neu zu besetzen. Wir traten in den Kampf ein und errangen einen brillanten Triumph. Von 110.000 Abstimmenden, bei 140.000 Wahlberechtigten, stimmten mehr als 46.000 Bürger für unsere Kandidaten Repetto und Bravo. Diese Mandate galten für ein Jahr, bis April

1914. Unsere parlamentarische Gruppe zählte also jetzt vier Vertreter.

Zugleich mit den Deputierten wurde ein sozialistischer Senator, der Bürger Enrique del Valle Iberlucea, für einen Zeitraum von neun Jahren gewählt mit über 42.000 Stimmen. Unser Rivale, die radikale Partei, erreichte die Minderheitsvertretung, einen Deputierten.

Im März 1914, anlässlich der Neuwahlen in der ganzen Nation, konnte die Partei sich beteiligen in der Bundeshauptstadt (der Stadt Buenos Aires), und in den Provinzen Buenos Aires, Córdoba, Santa Fé, Tucuman, Santiago del Estero, Salta und Mendoza. Der Erfolg war vollständig in der Bundeshauptstadt. Es wurden wiedergewählt die Bürger Nicolas Repetto und Mario Bravo, neugewählt Antonio de Tomaso, Francisco Cuneo, Angel M. Gimenez, Antonio Zaccagnini und Enrique Dickmann, mit einer durchschnittlichen Stimmenzahl von 42.951, bei etwas über 110.000 abgegebenen Stimmen, und bei 140.000 eingeschriebenen Wählern. An dieser Wahl nahmen teil Sozialisten, Radikale, Partei des Bürgerbundes, konstitutionelle Partei und einige minder wichtige Gruppen. Die Vertretung der Minorität mit drei Sitzen blieb für die radikale Partei.

Unsere Stimmen in den Provinzen sind in einer der beiliegenden Tabellen aufgeführt. In einigen Fällen ist unsere Stimmenzahl ganz unbedeutend, doch beweist sie das Vorhandensein von Sozialistengruppen, welche erstarken und die solideste Macht der argentinischen Demokratie sein werden.

Die Wirksamkeit und der Einfluss der parlamentarischen Aktion auf die Entwicklung unserer Partei sind aus folgenden Ziffern zu ersehen:

Im Zeitraum 1904 bis 1908, als wir zum ersten Male einen Vertreter im Parlament hatten, wuchs die Zahl der Parteimitglieder und Sektionen, und die der eingelaufenen Beiträge ansehnlich, und hielt sich mit kleinen Varianten bis 1908 auf gleicher Höhe.

Im Jahre 1909 sank die Zahl der Parteibeiträge von 15.197 auf 12.893, und trotz einer kleinen Besse-

rung im Jahre 1910, erreichte sie den Tiefstand von 11.016 in 1911.

Die Zahl der angeschlossenen Sektionen bewegt sich auf der gleichen Linie. In der Hauptstadt stieg dieselbe von 13 in 1903 auf 19 in 1904 bis 1908. Im Jahre 1909 fällt sie auf 17 und in 1911 auf 15 Sektionen.

In den Provinzen stieg diese Zahl von 21 in 1903 auf 29 in 1904, fällt im Jahre 1908 auf 24 und 1911 sind kaum noch 20 Sektionen vorhanden.

In der Periode 1912 bis 1914 ist eine neue, bedeutendere Steigerung zu bemerken. In der Hauptstadt wächst die Zahl der Sektionen von 15 auf 21 in 1912 und auf 30 in 1914 (1. Juli). In den Provinzen von 20 auf 39 in 1912 und auf 103 in 1914 (1. Juli).

Parteibeiträge gingen ein: 1911 11.016, 1912 18.418, 1913 32.231, 1914 (1. Trimester) 8776, so, dass anzunehmen ist, dass sie für das ganze Jahr auf 36 bis 40 Tausend wachsen werden.

Ihren inneren Angelegenheiten hat die Partei in dieser letzteren Periode die grösste Aufmerksamkeit angedeihen lassen. Es wurden verschiedene Landes- und Provinzparteitage abgehalten; in den Provinzen Buenos Aires, Córdoba und Santa Fé sind unsere Sektionen zu Föderationen zusammengetreten, und unser Organismus behielt seine bisherige Festigkeit, da jedes Motiv für Divisionen fehlt.

In einem Bericht von der Art des vorliegenden kann nicht das ganze Parteileben vorgeführt werden. Zum grösseren Teil ist diese Aufgabe gelöst in dem Buche: „Sozialistische und Arbeiterbewegung bis 1910“, das von der Partei herausgegeben wurde, und das jedenfalls bald eine Fortsetzung erhalten wird, um das Wissenswerte aus der Periode 1910 bis 1914 festzuhalten.

Weitere Erscheinungen im Arbeiterleben, wie die gewerkschaftliche und genossenschaftliche oder kooperative, werden in anderen Abschnitten behandelt.

Parlamentarische Tätigkeit

Im Folgenden veröffentlichen wir einen zusammenfassenden Bericht über die Arbeit unserer parlamentarischen Vertreter.

Die Periode von 1912 begreift die Aktion der Deputierten Palacios und Justo; damals unsere einzigen Repräsentanten.

Die Periode von 1913 umfasst die Aktuation von vier Deputierten: Palacios, Justo, Repetto und Bravo, und des Senatoren del Valle Iberlucea.

In der laufenden Periode ist die Gruppe in folgender Form konstituiert: Schriftführer der parlamentarischen sozialistischen Gruppe: Angel M. Gimenez; Mitglieder: der Senator E. del Valle Iberlucea; Deputierte: Mario Bravo, Francisco Cuneo, Antonio de Tomaso, Enrique Dickmann, Angel M. Gimenez, Juan B. Justo, Alfredo L. Palacios, Nicolas Repetto und Antonio Zaccagnini.

Profession und Nationalität unserer Parlamentarier: Senator del Valle Iberlucea, Advokat, Spanier von Geburt, 35 Jahre im Lande. Deputierte: Bravo, de Tomaso, Palacios, Advokaten, Argentinier; Cuneo, Elektriker, Argentinier; Gimenez, Repetto, Justo, Aerzte, Argentinier; Zaccagnini, Journalist, Italiener von Geburt, 15 Jahre im Lande; Dickmann, Arzt, Russe von Geburt, 25 Jahre im Lande.

Verhältniszahlen unserer Vertreter in den Kammern:

Deputiertenkammer: 9 Sozialisten unter 120 Mitgliedern.

Senatorenkammer: 1 Sozialist unter 30 Mitgliedern.

Die parlamentarische Gruppe beteiligt sich an der Bildung des Propagandafonds der Partei. Nach unseren Statuten gibt jeder Deputierte und Senator die Hälfte seiner Diäten an die Zentralkasse. Auf diese Weise wird vom Mai 1914 an die Einnahme der Partei 7500 Pesos, gleich 16 500 Franks, monatlich betragen, was einer Jahreseinnahme von 198 000 Franken entspricht.

Bisher wurde die ganze Einnahme der Parteikasse

aus dieser Quelle für die Erweiterung der Druckerei unserer Zeitung „La Vanguardia“ verwendet, wie es das betreffende Kapitel erweisen wird.

Staatshaushalt und Steuergesetze

Der Staatshaushalts-Entwurf für die Jahre 1913 und 1914.

Der Staatshaushaltsplan für 1913 wurde der Kammer zur Beratung unterbreitet um die Mitte des Monats Mai. Kaum hatte die Spezialdiskussion begonnen, so beschloss die Kammer mit grosser Majorität, auf Antrag des Deputierten für Catamarca, Castillo, die en bloc-Annahme sämtlicher Etatstitel, mit Ausnahme desjenigen über die öffentlichen Arbeiten und des Abschnitts über den Nationalkongress, welcher als erster bereits diskutiert worden war.

Dieser Antrag, der in der Bewilligung der argentinischen Staatshaushaltspläne sehr häufig wiederkehrt, wurde von den sozialistischen Deputierten mit aller Energie bekämpft.

In ihren Ausführungen zergliederten sie mit der unter den gegebenen Umständen möglichen Ausführlichkeit die verschiedenen Etatsposten, um die Notwendigkeit einer eingehenden Diskussion zu rechtfertigen, und erwiesen den schweren Irrtum und die grossen Nachteile, welche die en bloc-Annahme in sich schliesst.

Der Antrag Castillo wurde angenommen, und der grösste Teil des Etats für 1913 ohne jede Diskussion genehmigt.

In der Beratung der den Kongress und die öffentlichen Arbeiten betreffenden Kapitel intervenierte unsere ganze Fraktion, ohne dass ihre Kritik und ihre Abänderungsvorschläge ein anderes Resultat ergaben, als die Unordnung in der Verwendung der öffentlicher Gelder, und die Gleichgiltigkeit der Kammer dem Volksinteresse gegenüber augenfällig zu machen.

Ende Dezember wurde der Kammer der Staatshaushaltsplan für 1914 vorgelegt.

In der Generaldebatte des Kommissionsberichts gab der Deputierte Justo eine eingehende Kritik der Landesfinanzen, im Besonderen der Besteuerungsverhältnisse.

In die Spezialdiskussion griffen ein: Deputierter Palacios, der die Zahlung der Diäten nach dem Besuch der Sitzungen geregelt wissen wollte, was Annahme fand sowohl in der Kammer, als auch später im Senat; dann der Deputierte Repetto, welcher die Verringerung einiger Posten, und die Streichung verschiedener, offenkundig unnützer Offizinen beantragte. Deputierter Bravo widersetzte sich bei Beratung des Etats der Kammer der Schaffung neuer Stellen, und verlangte die Unterdrückung einiger bestehenden.

In der Diskussion über den Etat des Ministeriums des Innern verlangten die sozialistischen Deputierten Streichung von Aemtern und Beamten und Verringerung von Gehältern in folgenden Abteilungen: Präsidentschaft der Republik, deren Sekretariat, Inspektion der Nationalterritorien, Hygiene-Departement, Polizei der Hauptstadt, Kaplanfründen und religiöse Missionen, Fonds zur Ausführung des Gesetzes der sozialen Verteidigung, und zur Subventionierung privater Stellennachweise; diese Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Die Deputierten Bravo und Repetto verlangten Aufbesserungen und Vermehrung im Personal des Post- und Telegraphendienstes, sowohl um für dasjenige der Hauptstadt die Bestimmungen über Sonntagsruhe in Anwendung bringen zu können, als auch im Allgemeinen die Lage des niederen Postpersonals zu bessern. Auch diese Anträge wurden abgelehnt.

Im Etat des Ministeriums des Aeussern und des Kultus beantragte Palacios die Verminderung der Gesandtschaften und deren Gehälter, und die Kürzung um die Hälfte der von der Kommission festgesetzten Summe zur Bestreitung der Ausgaben für Kultus. Die Debatte über den Kultusetat war eine sehr erregte; Justo und Palacios intervenierten in derselben. Die von den Genannten beantragten Abänderungen wurden nicht angenommen.

Der Rest des Etats wurde wieder ohne jede Dis-

kussion angenommen, nach dem Antrage des Deputierten für Córdoba, Herrn Igarzabal.

Einfuhrzölle auf Zucker.

In der Sitzung vom 20. August präsentierten die sozialistischen Deputierten, unterstützt durch die Deputierten Laurencena, Valdez und Pesenti, ein Projekt, dessen Begründung Justo unternahm, auf Herabsetzung des Zolls auf ausländischen Zucker auf 7 Centavos Gold das Kilo für raffinierten von 96° Polarisation, und auf 5 Centavos für das Kilo nicht raffinierten Zucker von weniger als 96° Polarisation.

Justo führte unter anderem aus: „Wir erstreben mit unserem Antrag die Verbilligung eines notwendigen Lebensmittels, die Einschränkung des Monopols des Zuckertrusts, die Verbesserung der Verhältnisse in der inneren Politik des Landes, die Schaffung einer neuen Einnahmequelle, und die Anbahnung des technischen und ökonomischen Fortschritts in unserer Zuckerindustrie.“

Die Budgetkommission verabschiedete das Projekt mit ungewöhnlicher Schnelligkeit, dessen Abweisung beantragend. Die Kammer behandelte den Kommissionsbericht am 19. September, und nachdem der Berichterstatter, Deputierter M. Padilla, der zugleich Präsident der Vereinigung der Zuckerindustriellen ist, gesprochen, wurde die Diskussion vertagt. Trotz des Antrages der sozialistischen Deputierten, dem Projekt Vorzugsbehandlung zuteil werden zu lassen, wurde es nicht wieder auf die Tagesordnung gesetzt, auch nicht in der Extrasession, trotzdem es für dieselbe von der Regierung unter die Liste der Verhandlungsgegenstände aufgenommen worden war.

Innere Steuer auf Naturweine.

Die sozialistische Deputation beantragte in der Sitzung vom 3. September die Etablierung einer inneren Steuer von 5 Centavos pro Liter argentinischen Naturwein in Fässern, von 4 Centavos für importierten Wein,

und von 10 Centavos für Wein in Flaschen bis zu einem Liter Inhalt.

Der Antrag wurde vom Deputierten Justo begründet.

Einfuhrzölle auf Gries und Kartoffeln.

Am 22. Dezember stimmten die sozialistischen Deputierten zugunsten der von der Regierung beantragten Aufhebung der Einfuhrzölle auf Gries.

Auf Antrag von Justo wurden auch die Zölle auf eingeführte Kartoffeln beseitigt.

Das Projekt wurde Gesetz unter der Nummer 9467.

Steuergesetzgebung.

In der Sitzung vom 25. Juni regte der Deputierte Justo an, in der nächsten Sitzung den Bericht der Budgetkommission, die Steuergesetze betreffend, zur Verhandlung zu stellen; für denselben war schon Vorzugsbehandlung beschlossen worden.

Die Anregung fand die Billigung der Kammer, aber trotzdem wurde über die Steuergesetze nicht verhandelt.

Eine gleiche Anregung des Deputierten Palacios in der Sitzung vom 18. Juli kam wegen Beschlussunfähigkeit nicht zur Abstimmung.

Am 21. Juli beantragte Bravo, über die Anregung von Palacios abzustimmen. Man stimmte zugunsten derselben, aber auch in der für die Behandlung der Steuergesetze neuerdings bestimmten Sitzung kam der Gegenstand nicht zur Beratung.

Am 11. August verlangte Deputierter Justo von der Kommission Auskunft darüber, wann der Finanzminister anwesend sein könne, um über die Materie zu beraten.

Am 15. September schlug Justo vor, den Minister für die nächste, auch für Beratung des Entwurfs betreffend Zuckerzollermässigung bestimmte Sitzung einzuladen, um anschliessend die Steuergesetze zur Verhandlung zu bringen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Trotzdem der Gegenstand in die Liste der in der Extrasession zu behandelnden aufgenommen wurde, hat die Kammer sich dieser Aufgabe entzogen.

Soziale Gesetzgebung

Arbeitsnachweise.

In ihrer Sitzung vom 12. September verhandelte die Kammer den Bericht der Gesetzgebungs-Kommission über Arbeitsnachweise. Nach deren Projekt sollten, im unmittelbaren Anschluss an das Register offener Stellen des nationalen Arbeitsamtes, zwei Arbeitsnachweise in der Hauptstadt, sowie je einer in den Hauptstädten der Provinzen und Nationalterritorien geschaffen werden. Vorgesehen war ferner die pekuniäre Unterstützung unentgeltlicher Arbeitsnachweise von philanthropischen und Gewerkvereinen mit juristischer Person, welche bereit wären, sich der Kontrolle des Arbeitsamtes zu unterstellen. Die Regierung wurde autorisiert, ein Reglement generellen Charakters zu diktieren, das die Bedingungen, das Verhältnis und die Form der Subsidien an nicht offizielle Arbeitsnachweise festzustellen hätte. Verboten war das Funktionieren von Arbeitsnachweisen in der Hauptstadt und den Nationalterritorien, welche der Einschreibepflicht bei den Behörden nicht nachkamen, und die Unterbringung der Arbeitsnachweise in Räumen, die mit Gasthäusern, Hotels oder Schenkstuben verbunden wären. Das Projekt enthielt dann noch Strafbestimmungen. Für die Kommission berichtete Deputierter Palacios. Der Entwurf wurde in erster Lesung angenommen.

In der Spezialdiskussion wurden sozialistischerseits folgende Abänderungsvorschläge gemacht: Justo und Repetto wollten für den Artikel 1 die Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt haben, welche zwei Arbeitsnachweise für die Hauptstadt, und je einen in denjenigen Hauptstädten der Nationalterritorien vorsah, in denen sich keine solchen der Einwanderungsbehörde befänden. Die Kommission erklärte sich da-

gegen. Die Kammer nahm die Fassung der Kommission an, und erweiterte den Artikel noch, indem sie die Gründung zweier weiterer Nachweise, einen in Rosario, und den anderen in Bahia Blanca beschloss. Betreffs der Arbeitsnachweise in den Provinzen wurde der sozialistische Antrag angenommen, von der Bezeichnung bestimmter Städte für die Schaffung von Arbeitsnachweisen abzusehen.

Inbetreff der Verteilungsform der Subsidien, deren Reglementierung die Regierung vornehmen sollte, brachte Bravo folgenden Abänderungsantrag ein:

„Die pekuniäre Unterstützung an die privaten Arbeitsnachweise wird gewährt nach Massgabe der von denselben vermittelten Stellungen, unter Ausscheidung der Fälle von Vermittelungen von Dienstboten.“

Der Berichterstatter, Dr. Palacios, erklärte sich einverstanden, der Rest der Kommissionsmitglieder jedoch nicht. Das Amendement wurde abgelehnt.

Justo beantragte, dass die Einschreibepflicht nicht auf die Arbeitsnachweise der Hauptstadt und der Nationalterritorien beschränkt werde, wie das Projekt besage, sondern auch auf alle Arbeitsnachweise in der Republik ausgedehnt werde. Abgelehnt.

Derselbe Deputierte wünschte, dass das Verbot, Arbeitsnachweise in Lokalen zu errichten, die mit Gasthäusern, Hotels und Schänkstuben Verbindung haben, auf das ganze Land ausgedehnt werde. Auch dieser Antrag wurde niedergestimmt.

Deputierter Bravo proponierte folgenden neuen Artikel: „Die Arbeitsnachweise, von denen dieses Gesetz spricht, dürfen kein Personal vermitteln, um streikende Arbeiter zu ersetzen. Die privaten Arbeitsnachweise, welche das tun, verlieren das Anrecht auf pekuniäre Unterstützung und sonstige, im Gesetz vorgesehene Privilegien.“ Sowohl die Kommission, als auch die Kammer lehnten den Artikel ab.

Deputierter Justo beantragte einen neuen Artikel folgender Fassung: „In Streikfällen sind die Arbeitsnachweise verpflichtet, diese Umstände den Stellungsuchenden zur Kenntnis zu bringen.“ Wurde gleichfalls abgelehnt.

Im Senat wiederholte Dr. del Valle Ibarlucea diese Abänderungsanträge mit dem gleichen negativen Resultat.

Bleifarben.

In der Sitzung vom 8. August brachten die Deputierten Justo, Repetto und Bravo einen Gesetzentwurf ein, nach welchem die Einfuhr, der Verkauf und die Verwendung von Bleifarben untersagt wird. Zugleich sollen die Einfuhrzölle auf Zinkweiss, Baryt(erde)sulfat, und auf Eisenoxyd aufgehoben werden.

Deputierter Repetto begründete den Entwurf.

Arbeiterhäuser.

In der Sitzung vom 7. November setzte die Kammer die Beratung fort über den Bericht ihrer Gesetzgebungskommission, betreffend den Bau von Arbeiterhäusern. Die Regierung wurde ermächtigt zur Verwendung der Fonds, welche das Gesetz Nr. 7102 durch Besteuerung der Rennplätze geschaffen, und die Bauausführung zu leiten.

Der Deputierte Bravo sprach für Ermutigung der Privat- und kommunalen Initiative, sowie der Wirksamkeit von Kooperativen, und erklärte sich dagegen, dass der Staat die Angelegenheit direkt von sich aus in die Hand nehme.

Handelsangestellte.

Die sozialistischen Deputierten bringen einen, von den Deputierten Cantilo und Celesia unterstützten Antrag ein auf Reform des Artikels 157 des Handelsgesetzbuches. Darin wird für gesetzlich ungültig erklärt der völlige oder teilweise Verzicht auf das Recht des Angestellten, beziehungsweise die Pflicht des Prinzipals, auf Auszahlung eines Monatslohns in Fällen von Entlassung ohne genügenden Grund. Die Rechtsungültigkeit eines solchen Verzichts wird auch für die Fälle ausgesprochen, wo es sich um Personen handelt,

die in kommerziellen, Fabrik- und industriellen Etablissements, sei es auf Monats-, sei es auf Tagelohn angestellt sind.

Der Antrag wurde vom Deputierten Palacios in der Sitzung vom 12. September begründet.

Reglementierung der Arbeit in der Zuckerindustrie.

Am 26. September beantragten die sozialistischen Deputierten ein Reglement für die Arbeit in der Zuckerindustrie des Landes. Dasselbe soll den achtstündigen Arbeitstag, einen Ruhetag in jeder Woche, doppelte Bezahlung der Nachtarbeit, und Ausdehnung der Bestimmungen betreffend Schutz der Frauen- und Kinderarbeit auf die Zuckerindustrie vorschreiben. Die Inspektion wird dem nationalen Arbeitsamt übertragen.

Die Begründung des Antrages gab Dep. Bravo.

Sonntagsruhe.

Von den Deputierten Roca, Celesia, Cantilo, de la Torre und Gallo unterstützt, bringen die sozialistischen Deputierten einen Antrag ein in der Sitzung vom 30. Juli, wonach der Geltungsbereich des Gesetzes über Sonntagsruhe auf die Nationalterritorien ausgedehnt wird. Die Begründung war zu Lasten des Deputierten Palacios, der auch als Berichterstatter der mit der Vorberatung betrauten Kommission fungierte, in der Sitzung vom 4. August, in der der Antrag angenommen wurde; im Senat ebenfalls im zustimmenden Sinne erledigt, wurde derselbe Gesetz unter Nr. 9104.

Maximalarbeitstag und Minimallohn.

Am 17. September wurde von den Sozialisten ein Entwurf eingebracht, der für alle fest oder zeitweise vom Staat oder der hauptstädtischen Munizipalität beschäftigten Arbeiter in allen öffentlichen Arbeiten, sei es direkt, sei es durch Kontraktisten ausgeführt, den Maximalarbeitstag auf acht Stunden festsetzt. Der

Mindestlohn soll an gewöhnlichen Arbeitstagen vier Pesos betragen; für Nachtarbeit oder Arbeit an Sonntagen soll der doppelte Satz Platz greifen. Diese Bestimmungen sollen bei Vergebung von Arbeiten seitens des Staates oder der Bundeshauptstadt in den Kontrakten obligatorisch gemacht werden. Als inbegriffen in die Bestimmungen des Entwurfs werden betrachtet die Post- und Telegraphenangestellten, gleichviel ob bei dem Transport, Klassifikation, Austragen, Annahme und Uebermittlung von Korrespondenz oder Telegrammen beschäftigt. Ausgenommen sollen nur sein die Arbeiter und Tagelöhner, welche an Agrikulturschulen und landwirtschaftlichen Versuchsstationen des Staats beschäftigt sind. Das Gesetz soll im Kriegsfall, während Ueberschwemmungen, nach Erdbeben oder sonstigen schlimmen Ereignissen, welche eine Gefahr für Menschenleben oder wichtige Interessen der Gemeinschaft im Gefolge haben können, in seinen Wirkungen suspendiert werden können.

Mit der Empfehlung zur Annahme wurde der Deputierte Repetto betraut.

Betriebsunfälle.

Die sozialistischen Deputierten stimmten zu Gunsten eines Gesetzesprojekts der Regierung, welches für die Opfer und Hinterbliebenen der Katastrophe in den staatlichen Riachuelo-Werkstätten Entschädigungen festsetzt. Der Minister für öffentliche Arbeiten wurde wegen dieser Katastrophe von den Deputierten Repetto und Palacios interpelliert.

In dem Regierungsentwurf war ein Artikel enthalten, welcher die Regierung zur Entschädigung der Opfer von Betriebsunfällen ermächtigte, die in staatlichen Betrieben noch sich ereignen könnten, ehe das in Vorbereitung sich befindende Gesetz über Unfallversicherung fertiggestellt sei.

Nachdem noch im Senat Dr. del Valle Ibarlucea für das Projekt der Regierung gesprochen, wurde dasselbe Gesetz durch Annahme auch in dieser Körperschaft.

Gegen den Alkoholismus.

Patent für Schänken.

In der Sitzung vom 9. Mai brachte Deputierter Palacios den Antrag ein, für den Ausschank alkoholischer Getränke ein Patent von 500 bis 1000 Pesos festzusetzen.

Absinthverbot.

In derselben Sitzung wurde seitens der Deputierten Justo und Palacios ein Projekt eingereicht, demzufolge die Fabrikation, der Import und der Ausschank von Absinth in der ganzen Republik verboten, und Zuwiderhandlungen bestraft werden sollen. Für beide Anträge sprach Deputierter Palacios.

Militärfragen.

Amnestie.

Am 2. Juli präsentierte und begründete Bravo den Entwurf eines Amnestiegesetzes, wonach den Gestellungspflichtigen, welche sich gegen das Gesetz betrogen, obligatorischen Militärdienst vergangen, ihre Strafen erlassen werden sollten. Die Heereskommission akzeptierte grossenteils den Entwurf. Vor die Kammer gebracht, wurde die Verhandlung durch einen Vertagungsantrag unterbrochen.

Am 19. September verlangten Bravo und Palacios die sofortige Verhandlung.

In der Extrasession stimmte die Kammer dem Antrage Bravo's zu, wonach die Regierung ersucht wurde, den Gesetzentwurf unter die zu beratenden Gegenstände aufzunehmen.

Bau von Kasernen in der Hauptstadt.

In der Sitzung vom 26. September beantragten die Deputierten Repetto und Palacios, der Regierung einen

Kredit von zwei Millionen Pesos zu gewähren zum Bau von zwei Infanteriekasernen unter Berücksichtigung der im Antrag aufgestellten Gesichtspunkte.

Die Begründung übernahm Deputierter Repetto.

Sanitäre Inspektion.

Dieselben Deputierten bringen ein zweites Projekt ein, welches die Einrichtung eines permanenten sanitären Inspektorates für Kasernen und Feldlager erstrebt, um die fundamentalen Grundsätze der Hygiene für das militärische Leben zu verwirklichen. Der Entwurf unterstellt die Organisation dieses Dienstes der Generalinspektion des Sanitätswesens, bestimmt die Anzahl der Inspektoren, die Bedingungen für ihre Anstellung, ihre Zuständigkeit und sonstige, auf ihre Tätigkeit bezügliche Massnahmen.

Oeffentlicher Unterricht.

Errichtung von Elementarschulen in der Republik.

Die sozialistische Deputation verlangt in der Sitzung vom 3. September die Billigung eines Projektes, welches die Errichtung von Elementarschulen anordnet an allen denjenigen Orten der Republik, in denen sich 20 oder mehr Kinder in schulpflichtigem Alter befinden und eine Schule fehlt. Das Projekt stellt das Minimum des Unterrichts fest, die Bedingungen für das Lehrpersonal, ein Minimum von 120 Schultagen jährlich, unentgeltliche Matrikel, und Ermächtigung des nationalen Schulrates, bis zur Summe von 30 Millionen Pesos für Errichtung von Schulen auszugeben.

Die Vorlage wurde vom Deputierten Justo begründet.

Zivilgesetzgebung.

Vergütung für Mellorationen an Pächter.

Am 4. August präsentierte die sozialistische Deputation ein Projekt zwecks Abänderung der Artikel 1571, 1572, 1573, 1574, 1581 und 1583 des Zivilgesetzbuches. Die Landeigentümer sollen verpflichtet werden, Pächtern oder Unterpächtern die für Verbesserungen auf den gepachteten ländlichen Grundstücken gemachten Ausgaben zu vergüten, gleichviel ob die Ausgaben für Gebäude, Schuppen, Wasserwerke, oder für Anpflanzung von Frucht- oder Waldbäumen gemacht wurden. Die Grenzen für die Verpflichtung zur Indemnisation werden im Entwurf spezialisiert.

Deputierter Justo befürwortete das Projekt.

Verpachtung von Kulturland und Unpfändbarkeit von Gut und Habe.

Am 26. September reichten die Deputierten Palacios und Repetto zwei Gesetzentwürfe ein. Nach dem ersten erhalten die Pächter das Recht der Vorhand bei Ablauf ihrer Pachtverträge. Es steht ihnen zu, bis auf weitere fünf Jahre die Verlängerung ihrer Verträge zu fordern. Weiter werden alle Bestimmungen, welche nach bisherigem Brauch in den Pachtverträgen üblich waren, insoweit sie die freie Verfügung des Pächters über die eingebrachte Ernte, über die Auswahl der anzuwendenden Maschinen oder des Personals beeinträchtigen, oder ihn beim Kauf oder Verkauf von Bedarfsartikeln oder seiner Produkte an bestimmte Personen fesseln wollen, für null und nichtig, das heißt, der Rechtskraft entbehrend bezeichnet. Dasselbe gilt von denjenigen Vertragsklauseln, welche dem Pächter für die Versicherungen bestimmte Gesellschaften vorschreiben.

Durch das zweite Projekt wird der Artikel 480 der Prozessordnung dahin erweitert, dass Schlacht-

tiere, zum eigenen Verbrauch bestimmt, notwendige Reittiere, die zur Herstellung des Unterhalts nötigen Utensilien, Nahrungsmittelvorräte für einen Monat, Maschinen, Werkzeuge und Arbeitstiere, sowie 15 Prozent der Ernte für die Aussaat auf zubereitetem Boden in die Liste der unpfändbaren Gegenstände eingereiht werden.

Beide Projekte begründete Deputierter Palacios.

Massnahmen zu Gunsten der Mieter.

Die sozialistische Deputation präsentierte in der Sitzung vom 20. August ein Projekt zur Reform des Zivilgesetzbuches. Bei Vermietung von Häusern und Wohnungen, wenn für die Zahlung der ersten Rate des Zinses kein Zeitpunkt vorgesehen ist, hat der Mieter das Recht, das Haus oder die Wohnung zwei Jahre hindurch zu benutzen, ohne dass ihm der Vermieter den Mietzins steigern oder die Bedingungen des Mietkontrakts ändern kann, und solange der Zins bezahlt wird, kann eine Räumung der Wohnung nur auf Verlangen der Nachbarschaft gefordert werden. Das Projekt wurde durch Dep. Bravo begründet.

Zivile Rechte der Frauen.

Von den Deputierten Pinedo, Carbó, Roca und Fraga unterstützt, bringen die Sozialisten einen Antrag ein auf Abänderung des Zivilgesetzbuches, um die Rechtsfähigkeit der unverheirateten, verheirateten und geschiedenen Frau zu erweitern inbezug auf Ausübung der elterlichen Gewalt, Vormundschaft, Verfügung über das Vermögen, und die Ausübung zulässiger Gewerbe etc.

In der Sitzung vom 3. September wurde das Projekt von dem Deputierten Palacios begründet.

Scheldung.

In der Sitzung vom 16. Juli proponierten die sozialistischen Deputierten einen Gesetzentwurf, dessen Begründung Dr. Palacios gab. Darin wird die recht-

lich ausgesprochene Scheidung als Grund für die Auflösung der Ehe eingeführt. Das Projekt zählt in seinen 52 Artikeln Ursachen und Wirkungen der Ehescheidung auf.

Kommunalverwaltung.

Kommunalwahlen.

Die sozialistische Deputation bringt in der Sitzung vom 15. September ein Projekt ein, nach welchem für die Munizipalität von Buenos Aires ein Stadtrat gewählt werden soll auf Grund des nationalen Wahlrechts, mit Proportionalvertretung.

Deputierter Bravo gab die Begründung.

Verschiedenes.

Der Fleischtrust.

Am 13. Juni wurde der Ackerbauminister interpelliert, um Auskunft zu geben darüber, ob ein Fleischtrust existiere, und welche Schritte die Regierung zu tun gedenke zur Verteidigung der Viehzucht.

Deputierter Justo wünscht folgende Ergänzung der Anfrage: „Der Minister wolle darüber Aufschluss geben, ob die Regierung beabsichtigt, etwas für die Verteidigung der Interessen der Fleischkonsumenten zu tun.“ Obige Interpellation beantwortete der Minister in der Sitzung vom 2. Juli.

Dr. Justo setzte die Gesichtspunkte der sozialistischen Partei in der zur Behandlung stehenden Frage auseinander im Sinne des von ihm beantragten Zusatzes, den die Kammer abgelehnt hatte. Diese machte Schluss der Debatte, noch ehe der Minister Mujica auf die Ausführungen des Deputierten Justo eine Antwort erteilt hatte.

Getreidesacke für die Ernte.

Die sozialistischen Deputierten, aus Gründen, welche Dr. Justo auseinandersetzte, stimmten gegen die Ermächtigung der Regierung zum Ankauf von Säcken, und zum Weiterverkauf an die Kolonisten.

Getreidedepots.

Anlässlich einer Interpellation des Ackerbauaministers durch einen Deputierten der radikalen Partei über Getreidedepots in den Eisenbahnstationen, erläuterte Deputierter Repetto die von der sozialistischen Partei verteidigten Interessen, welche im vorliegenden Falle gleich sind denen der Bebauer des Landes, gleichviel ob dasselbe ihr Eigentum oder Pachtland ist. Gegenüber den Anschauungen der Regierung äusserte er sich zustimmend, doch tadelte er, dass dieselbe nicht daran gedacht habe, anzuordnen, dass auch den landwirtschaftlichen Kooperativen Speicherräume reserviert würden.

Ankauf und Verteilung von Saatkorn.

Am 20. Januar 1914 beriet die Kammer eine Regierungsvorlage, welche einen Kredit von einer Million Pesos verlangt, um Saatgut anzukaufen, und unter die Kolonisten des Südostens der Pampa zu verteilen. Aus Gründen, welche Deputierter Justo darlegte, stimmten die Sozialisten dagegen.

Kapital der nationalen Hypothekenbank.

In der Sitzung vom 24. September beschäftigte sich die Kammer mit dem Bericht der Finanzkommission über das Projekt, die nationale Hypothekenbank zur Ausgabe von neuen Kreditbriefen bis zur Höhe von 120 Millionen Pesos zu ermächtigen. Deputierter Justo, als Berichterstatter der Minderheit der Kommission, sprach gegen die Ermächtigung, gegen welche auch die übrigen sozialistischen Deputierten stimmten.

Parlamentarische Incompatibilitäten.

In der Sitzung vom 2. Juni proponierte und begründete Deputierter Bravo eine Resolution zur Entscheidung der Frage, ob der Inhaber eines Mandates für die Kammer gleichzeitig Direktor oder juristischer Sachwalter eines Unternehmens sein könne, welches Zweige des öffentlichen Dienstes ausbeutet. Veranlassung zu dem Antrage war ein früherer Beschluss der Kammer, welche den Posten, welchen der Deputierte Drago bei einer Telephongesellschaft einnimmt, für vereinbar erklärt mit dem Amt eines Kammermitglieds.

Bebels Tod.

Deputierter Repetto beantragte in der Sitzung vom 20. August, dass die Kammer ein Beileidstelegramm sende an den deutschen Reichstag aus Anlass des Ablebens von August Bebel. Die Kammer ging darauf nicht ein.

Huldigung für Alberdi.

Um das Andenken an Alberdi zu ehren, beantragte Deputierter Bravo am 20. August, die Strasse Cagallo in Buenos Aires in Zukunft nach Johann Baptist Alberdi zu benennen.

Fehlen der Garantien in der Provinz Buenos Aires.

In der Sitzung vom 5. November erklärte Deputierter Palacios, er wünsche den Minister des Innern zu interpellieren wegen Fehlens der verfassungsmässigen Garantien in der Provinz Buenos Aires. Die Interpellation wurde nicht bewilligt.

Öffentliche Beamte als Zeitungsredakteure.

Am 25. Juni präsentierte und begründete der Deputierte Repetto ein Verlangen nach Interpellation des

Ministers des Innern, damit derselbe Aufschluss gebe über folgende Punkte: 1. Wie hoch ist die Zahl der Beamten, welche Posten in den Redaktionen von Zeitungen bekleiden? 2. Hält die Regierung die Mitarbeit an Zeitungen für unvereinbar mit der Anstellung in einem öffentlichen Amte, und, im Bejahungsfalle, welches sind die Entschliessungen der Regierung, um normale Zustände herbeizuführen?

Der Antrag auf Interpellation wurde der zuständigen Kommission überwiesen.

Korrumpierung weiblicher Personen.

Deputierter Palacios präsentierte und begründete am 8. August ein Projekt, welches die Verschärfung der Strafen für Kuppelei bezweckt und einige neue Bestimmungen über dieselbe dem bestehenden Gesetz anfügt. Das Projekt, diskutiert und mit unwesentlichen Abänderungen votiert, wurde zum Gesetz, welches die Nummer 9143 führt.

Die Arbeiten am Kongresspalast.

Auf Anregung des Deputierten Palacios ernannte die Kammer eine Kommission zur Untersuchung über die Art und Weise der Verwendung der Gelder, welche für die Arbeiten an dem neuen Kongresspalast bewilligt wurden. Der Antragsteller wurde mit in die Kommission gewählt.

Ausweisungsgesetz und Gesetz der sozialen Verteidigung.

In der Sitzung vom 5. September ersuchte Deputierter Bravo um Aufschluss über den Stand der Kommissionsberatungen, betreffend die in der vorangegangenen Session den Kommissionen überwiesenen Anträge der Sozialisten auf Abänderung des Ausweisungsgesetzes und auf Abschaffung des Gesetzes der sozialen Verteidigung. Er wünscht Beschleunigung der Arbei-

ten, damit die Kommissionsberichte noch in der ordentlichen Tagung verhandelt werden können.

Die Kommissionen kamen zu keinem Beschluss.

Pekuniäre Vergünstigungen.

Die sozialistische Deputation hat sich regelmässig widersetzt, wenn die Kammer pekuniäre Vergünstigungen zu gewähren im Begriffe stand, für welche keine vollständig erwiesene Ursache vorhanden war. In diesem Sinne hat sie gegen die Erteilung von Urlaub unter Fortbezug der Diäten, gegen exzessive Pensionen, und gegen Gewährung von Subsidiën an Vereinigungen oder Personen gestimmt, wenn ein Nutzen für die Allgemeinheit nicht klar erkennbar war.

Bürgerbriefe.

Am 3. September brachten die Sozialisten ein Projekt ein, welches die Errichtung eines permanenten Sekretariats bei den Bundesrichtern in Buenos Aires, ausschliesslich zur Erledigung der Naturalisationsgesuche, verlangte. Das Projekt wurde durch den Deputierten Bravo begründet.

Die Katastrophe in Perú.

Am 11. August beantragte Deputierter Palacios, für die durch das Erdbeben in Perú Geschädigten 50 000 Pesos zu bewilligen. Dieser Antrag wurde genehmigt, unter Erhöhung der Summe auf 100 000 Pesos.

Die sozialistische Gruppe im Parlament.

Die sozialistischen Parlamentarier haben sich für das laufende Jahr als Parteigruppe konstituiert, und den Deputierten Angel M. Gimenez zum Schriftführer gewählt.

Im Nationalsenat.

Der vorstehende Bericht, für den 12. Parteitag verfasst, enthält nicht den Bericht des Senators, E. del Valle Ibarlucea, da derselbe mündlich abgestattet wurde.

Von der umfassenden Arbeit unseres Vertreters im Senat geben wir hier eine kurze Zusammenfassung.

Während des Jahres 1913 intervenierte unser Genosse in folgenden Debatten: zur Verteidigung seines Mandats, das von verschiedenen Seiten angegriffen wurde; gegen die Absendung ausserordentlicher Gesandtschaften; gegen den Verkauf von Staatseisenbahnen und Nationalländereien, welche Anträge seine Opposition zu Fall brachte; Kritik des Gefängniswesens; er kritisierte und analysierte eingehend den Haushaltsetat für das Jahr 1913; er setzte sich für die baldige Vornahme der Volkszählung ein, die von der zweiten Kammer bereits beschlossen war; er sprach für die Besserung der Lage der Lehrer; ebenso empfiehlt er die Regelung der Arbeit in Fabriken, Werkstätten und Heimarbeit, wofür er Maximalarbeitstag verlangt; er verteidigte das Pensionsgesetz für das Eisenbahnpersonal, und will, dass aus dem Gesetz die Bestimmungen gestrichen werden, welche das Streikrecht einengen; es wurden von ihm Projekte eingebracht zur Organisation des öffentlichen, des Normal- und des professionellen Unterrichts; er kritisiert Fälle von parlamentarischer Inkompatibilität, verlangt die Bundesintervention in der Provinz Buenos Aires und interpellierte den Minister des Innern über die politische Lage in derselben Provinz; er beantragt Zollermässigung für Konsumartikel; in der Beratung über die aus der zweiten Kammer überkommenen Gesetzentwürfe nimmt er teil, im gleichen Sinne, wie es schon von unseren Deputierten geschehen, und endlich nimmt er hervorragenden Anteil an der Beratung des Etats für 1914.

Die Tätigkeit unseres Senators war also eine sehr vielseitige, seine Arbeit eine sehr intensive.

In den Provinzial-Deputiertenkammern.

In den im Monat April des Jahres 1914 stattgehabten Wahlen für den Provinziallandtag von Buenos Aires, bei welchen ein beschränktes Proportionalsystem gilt, hat unsere Partei zwei Sitze erobert. Gewählt wurden: Adolfo Dickmann, Zahnarzt, Russe von Geburt, seit 25 Jahren im Lande, und Jacinto Oddone, Erechsler, Italiener von Geburt, seit 15 Jahren im Lande.

In den Provinzialwahlen von Mendoza hat die Partei ebenfalls einen Erfolg zu verzeichnen. Dort wurde der Student der Rechte, Ramon Morey, Argentinier, als Provinzialdeputierter gewählt.

In den Wahlen für die Legislatur der Provinz Santa Fé erhielten unsere Kandidaten recht ansehnliche Stimmenzahlen.

Die sozialistische Föderation der Provinz Buenos Aires hatte schon im Jahre 1913 teilgenommen an den Wahlen des Gouverneurs und dessen Stellvertreter, um in der Wahlbewegung die herrschende Oligarchie zu bekämpfen, und die Wähler mit unserem Programm vertraut zu machen. Unsere Kandidaten waren die Bürger Alfredo L. Palacios und A. Torcelli. Die konservative Partei siegte, dank der ausgeübten Wahlbeeinflussung und der Fälschungen der Wahlergebnisse.

Die agitatorische Tätigkeit der Partei.

In den Jahren 1910 bis 1914 hat die Partei mit besonderem Nachdruck gekämpft durch Presse, Meetings, Vortragsabende und so weiter gelegentlich der Wahlbewegungen von 1912, 1913 und 1914. Ebenso wurde agitiert für Abschaffung des Gesetzes der sozialen Verteidigung, und des Ausweisungsgesetzes; für Reform des Wahlgesetzes (1911 und 1912), für die geheime Abstimmung und für Proportionalvertretung; gegen die Gewalttätigkeiten der Behörden in Streikfällen oder gegen das Versammlungsrecht; zu Gunsten der streikenden Eisenbahner (1912); für die Maifeier; gegen das Steuersystem, und zu Gunsten von Mass-

nahmen gegen die Teuerung; für die Organisation der Landarbeiter; für allgemeines Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in Buenos Aires; aus Anlass der Arbeitslosigkeit und für Notstandsarbeiten; für Abhaltung einer allgemeinen Volkszählung in der Republik; für Streichung des Kultusetats und Trennung der Kirche vom Staat, etc.

Zu diesen Bewegungen kommt hinzu die ununterbrochene Propaganda, welche die Partei für die Ausbreitung ihrer Prinzipien und die Anerkennung ihres Programms sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande getrieben hat. Die Mitarbeit der Partei in der Kolonisten- und Arbeiterbewegung ist intensiver geworden, und unsere Anhänger nahmen hervorragend teil an der Organisierung der Landarbeiter, und an der Gründung landwirtschaftlicher Kooperativen.

Unsere Sektionen in den Provinzen, und die provinziellen Föderationen sind mit Enthusiasmus in lokale Wahlbewegungen eingetreten, teilweise mit ansehnlichen Erfolgen.

Die Entwicklung der Partei.

Die beigefügten Tabellen erweisen den Entwicklungsgang unserer Partei vom Jahre 1902 ab bis heute. Sie geben eine Übersicht des Kassengebarens in Einnahme und Ausgabe, die Anzahl der die Partei bildenden Sektionen, und die Stimmen, welche wir seit 1896 erhalten haben, in erster Linie in der Stadt Buenos Aires.

Unsere Parteientwicklung erweist eine immer steigende Tendenz in jeder Beziehung. In einigen Provinzen zeigen die auf unsere Kandidaten gefallenen Stimmen schon ganz ansehnliche Zahlen auf, die uns hoffen lassen, dass es uns in weiteren zwei Jahren möglich sein wird, neue Triumphe zu erringen, oder wenigstens die Stimmenzahl beträchtlich zu vermehren.

Eine kleine, unvollständige Tabelle enthält die Liste unserer Parteipresse. Ausser den angeführten Blättern gibt es noch einige von ausgesprochen sozia-

listischer Tendenz; sie wurden indessen nicht in die Tabelle aufgenommen, weil sie der Parteikontrolle nicht unterstehen.

An die Zentralkasse der sozialistischen Partei abgeführte Monatsbeiträge der Mitglieder, vom Jahre 1902 bis 31 März 1914.

Jahr	Beiträge	Observationen
1902.....	8.912	
1903.....	13.303	
1904.....	18.871	
1905.....	17.094	
1906.....	16.031	
1907.....	12.687	
1908.....	15.197	
1909.....	12.893	
1910.....	14.699	
1911.....	11.016	
1912.....	18.418	
1913.....	32.231	
1914.....	8.776 (bis 31 März).	

Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse der sozialistischen Partei, von 1902 bis 31 März 1914.

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Observationen
1902.....	\$ 1.677.50	\$ 1.614.58	
1903.....	" 1.836.68	" 1.811.20	
1904.....	" 3.941.53	" 3.872.53	
1905.....	" 3.371.91	" 3.059.63	
1906.....	" 4.340.52	" 4.212.22	
1907.....	" 4.805.26	" 4.607.34	
1908.....	" 3.144.40	" 3.099.58	
1909.....	" 5.120.36	" 4.856.26	
1910.....	" 5.295.19	" 5.157.64	
1911.....	" 3.277.75	" 3.248.11	
1912.....	" 15.260.27	" 15.022.73	
1913.....	" 45.208.15	" 44.943.37	
1914(I trim.)"	25.517.78	" 25.072.40	

Sectionen der sozialistischen Partei in Buenos Aires und den Provinzen, von 1902 bis 30 Juni 1914.

Jahr	In Buenos Aires	In den Provinzen	Total
1902.....	10	14	24
1903.....	15	21	36
1904.....	19	29	48
1905.....	19	24	43
1906.....	19	26	45
1907.....	15	26	41
1908.....	19	24	43
1909.....	17	23	40
1910.....	14	22	36
1911.....	15	20	35
1912.....	21	39	60
1913.....	24	55	79
1914 (30. Juni).	30	103	133

Sozialistische Stimmen in der Stadt Buenos Aires, und in einigen Provinzen, bei den allgemeinen Wahlen im März 1914.

	WAHLKEIS	Stimmen
In der Hauptstadt Buenos Aires (durchschnittlich)...		42.951
" Provinz Buenos Aires (durchschnittlich).....		8.700
" " Santa Fe (durchschnittlich).....		2.075
" " Córdoba (nur in der Stadt Córdoba)...		262
" " Tucuman (in zwei Departaments)....		520
" " S. del Estero (in zwei Departaments).		527
" " Salta (in den Dep. Salta und Güemes).		205
		<hr/>
	Total....	55.240

Sozialistische Stimmen in Buenos Aires seit 1896

(Abkürzungen: D = Deputierte; S = Senator)

Jahr	Datum der Wahl		Sozialistische Stimmenzahl	Zahl der beteiligten Bezirke	Wahlsystem	Wahlkreis	Mandatsdauer
	Monat	Tag					
1896	März	8	134	9	Listenwahl	—	—
1896	April	4	105	6	"	—	—
1900	März	11	135	8	"	—	—
1902	März	9	165	8	"	—	—
1904	März	13	1.257	10	Einwahlkreise	1 D.	bis 30 April 1908
1904	Juli	24	26	1	"	—	—
1905	Juni	16	92	2	"	—	—
1906	März	11	1.660	Alle 20	Listenwahl	—	—
1906	November	25	3.495	"	"	—	—
1908	März	8	5.100	"	"	—	—
1908	Oktober	18	5.078	"	"	—	—
1910	März	13	7.006	"	"	—	—
1912	April	7	18.844	"	Inkomplette Liste	2 D.	bis 30 April 1916
1913	März	30	46.377	"	"	2 D.	" 1914
1914	März	28	42.951	"	"	1 S.	" 1922
						7 D.	" 1918

PARTEIPRESSE.

N.º	NAMEN	Erscheint	Ausgabeort	Herausgeber
1	"La Vanguardia" . . .	Tæglich	Buenos Aires,	Partei Vorstand
2	"El Socialista"	Wöchentlich	Avellaneda,	Bundeshauptstadt
3	"El Pueblo"	10-tægig	Morón,	Prov. Buenos Aires
4	"El Aríete"	"	Quilmes,	"
5	"La Aurora"	Wöchentlich	General Viamont,	"
6	"La Lucha"	14-tægig	Nueva de Julio,	"
7	"El Universo"	"	Madariaga,	"
8	"El Despertar"	Wöchentlich	Pergamino,	"
9	"Lucha de Clases"	14-tægig	Bahía Blanca,	"
10	"Libres"	Wöchentlich	Paso de los Libres,	"
11	"La Palanca"	"	Salta,	"
12	"Lucha de Clases"	"	Mendoza,	"
13	"El Dardo"	14-tægig	San Francisco	"
14	"El Obrero"	Wöchentlich	Maipú,	"
15	"La Verdad"	"	Mar del Plata,	"

Parteitage.

In der Periode von 1910 bis 1914 hat die sozialistische Partei folgende Landes-Parteitage abgehalten:

Neunter Parteitag, abgehalten in Buenos Aires, am 24., 25. und 26. Dezember 1910 im Saale des Vereins Vorwärts, Rincon 1141.

Zehnter Parteitag, ebenfalls in Buenos Aires, am 13. und 14. Januar 1912 abgehalten, in demselben Saale.

Elfter Parteitag, welcher am 1., 11. und 12. November 1913 im Saale des Schweizerhauses in Buenos Aires tagte.

Zwölfter Parteitag, abgehalten in Rosario, Provinz Santa Fé, am 23., 24. und 25. Mai 1914.

Provinziale Parteitage.

Die Sektionen der Provinzen Buenos Aires, Córdoba und Santa Fé hielten lokale Parteitage ab behufs Organisation von Föderationen in den betreffenden Provinzen.

Die sozialistische Föderation der Provinz Buenos Aires hielt ausserdem noch einen lokalen Parteitag abzwecks Ausbau ihrer Organisation, sowie zwei Konventionen zur Wahl von Kandidaten für die Gouverneurswahl und für die Wahlen zur Senatoren- und Deputiertenkammer der Provinz.

„La Vanguardia“

Unser Zentralorgan, „La Vanguardia“, hat seine Druckerei bedeutend erweitert durch Ankauf einer Rotationspresse, einer Stereotypieeinrichtung und fünf Setzmaschinen. Die nötigen Fonds wurden durch eine Subskription aufgebracht, welche nach der Zerstörung unserer Druckerei am 14. Mai des Jahres 1910 durch den patriotischen Janhagel, unter Anhängern und Freunden unserer Partei vorgenommen wurde, und eine Höhe von 25 000 Pesos erreichte; späterhin wurden

die Anschaffungskosten aus dem an die Parteikasse abgeführten Teil der Diäten unserer Parlamentarier bestritten.

Unsere Zeitung ist von 4 auf 8 Seiten vergrößert worden; sie erscheint täglich, mit Ausnahme der Montage. Ihre Auflage war 1910: 3592, und ist bis März 1914 auf ca. 20 000 gestiegen.

In gleichem Verhältnis stiegen Einnahmen und Ausgaben.

Die Einnahmen betragen im Jahre 1910: 80 507 Pesos, im Jahre 1913 waren sie auf 156 935 Pesos gestiegen; im ersten Semester 1914 betragen sie Pesos 132 599.

Die Ausgaben im Jahre 1910 waren 77 772 Pesos, im Jahre 1913 betragen sie 156 402 Pesos, und im ersten Semester des laufenden Jahres 129 080 Pesos Papier.

Gewerkschaften und Kooperativen

Die wiederholten Versuche einer Zusammenfassung der bestehenden Syndikate in eine Organisation haben bisher zu keinem Resultat geführt. Die wenigen Gewerkschaften, welche, einer Zeit der Tätigkeit und Agitation entstammend, die Krisis bisher überlebt haben, sind entweder autonom, oder an die „Federacion Obrera Regional Argentina“ (anarchistisch) oder der „Confederacion Obrera Regional Argentina“ (syndikalistisch-revolutionär) angeschlossen. Keiner dieser Organismen hat Kräfte von einiger Bedeutung hinter sich. Die relativ gut und ernsthaft konstituierten Vereinigungen sind den beiden Föderationen fern geblieben, und haben Fortschritte zu verzeichnen trotz der Krise, welche auf der proletarischen Bewegung so schwer lastet.

Der letzte, dritte, Vereinigungskongress wurde hier in den Tagen des 26. und 27. Juni 1914 abgehalten, ohne weiteres Resultat als die Einsetzung einer Kommission, welche Grundlagen für eine neue, definitive Konvention ausarbeiten soll.

Die Sektionen unserer Partei interessieren und beteiligen sich in jeder möglichen Form an allen Orga-

nisationsversuchen, und unsere Lokale werden häufig von den organisierten Arbeitern benutzt zu Agitations- und Propagandazwecken.

Die sozialistischen Gruppen der Hauptstadt haben kürzlich ein Komité konstituiert für gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Unser Tageblatt, die „Vanguardia“, informiert täglich über die hiesige, und sehr oft auch über die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Wie schon gesagt, sieht sich gegenwärtig die Arbeiterbewegung einer scharfen Krisis gegenüber, welche eine ungeheure Arbeitslosigkeit gezeitigt hat, und deren Wirkungen durch die Ausnahmegesetze verschärft wird, welche in den Dienst der Unternehmerklasse gestellt werden, wenn es der Regierung so gefällt.

Unter den autonomen Gewerkschaften sind die wichtigsten:

La Fraternidad, der Verein der Lokomotivführer und Heizer. Er wurde 1887 gegründet, zählt gegenwärtig 8378 Mitglieder, was 90 Prozent aller in der Branche beschäftigten Arbeiter entspricht.

Federación Gráfica Bonaerense (Verein der graphischen Arbeiter von Buenos Aires), mit 1732 Mitgliedern und einem Kassenbestand, der fast 20 000 Fr. beträgt.

Asociación Argentina de Telegrafistas (Vereinigung argentinischer Telegraphisten), besteht erst seit einem Jahre, und zählte im Juni 1500 zahlende Mitglieder.

Unter den alten und gut organisierten Gewerkschaften ist auch der Verein der Kunsttischler (Sociedad de ebanistas y anexos) zu nennen. Derselbe hat starke Kämpfe durchgeführt. Zu erwähnen sind weiter La liga internacional de domésticos (Internationale Liga der Hausangestellten), Cámara sindical de cocineros y pasteleros (Syndikatskammer der Köche und Konditoren), Sociedad de obreros conductores de carros (Arbeiterverein der Karrenführer) etc.

Eine Streikstatistik für das ganze Land zu geben, ist unmöglich; das nationale Arbeitsamt publiziert eben nur die Streikstatistik für die Bundeshauptstadt. Die

Resultate derselben müssen mit Vorsicht aufgenommen werden.

Danach gab es im Jahre 1912 weniger Streiks als im vorhergehenden Jahre.

Nach dieser Quelle, deren Angaben die „Vanguardia“ reproduzierte, gab es:

im Jahre 1911 102 Streiks, mit 27 992 bet. Arbeitern
 im Jahre 1912 99 Streiks, mit 8 992 bet. Arbeitern

Nach Industrien klassifiziert, ergibt sich folgendes Bild:

Es fanden Streiks statt:

In den Nahrungsmittelindustrien	5
„ der Textilindustrie	2
„ „ Bekleidungsindustrie	16
„ „ Holzindustrie	8
„ „ Papierindustrie und Buchdruckerei	8
„ „ metallurgischen Industrie	21
„ „ Glas-, Gips- und der Industrie der Erden	6
„ „ Bauindustrie	6
Im Transportwesen	23
In der Lederindustrie	1
„ verschiedenen Gewerben	3
	<hr/>
Total	99

Nach den Ursachen gruppiert, ergaben sich folgende Zahlen: Es wurde gestreikt:

Um Lohnerhöhung	in 19 Fällen
„ damit zusammenhängende Ursachen	18 „
„ Modifizierung der Arbeitszeit	15 „
„ Wiederanstellung Entlassener	22 „
„ Entlassung von Arbeitern	3 „
Aus Solidarität	2 „
Wegen den Arbeitsmethoden	6 „
Diverser Ursachen wegen	13 „

Diese 99 Streiks hatten folgendes Resultat:

Erfolg hatten	25	Streiks
Keinen Erfolg hatten	68	„
Teilweisen Erfolg hatten	6	„

Die erfolgreichen Streiks begünstigten 18,1 Prozent der Streikenden, die erfolglos zogen 74,5 Prozent derselben in Mitleidenschaft, und an den Streiks mit Teilerfolg waren 7,4 Prozent der Streikenden beteiligt.

Der bedeutendste Streik des Jahres 1912 war derjenige der Lokomotivführer und Heizer, eingeleitet und unterhalten durch den Verein „Fraternidad“. Der Streik dauerte 52 Tage, und fand sein Ende durch einen Vergleich, welcher den Arbeitern einige Verbesserungen brachte.

Die Kooperativgenossenschaften sind hier neuesten Datums. Mit einiger Intensität haben die Landarbeiter, besonders diejenigen der Pampa, die Gründung von Konsumvereinen begonnen.

In einigen Provinzen bestehen Kooperativen, die unter Mitwirkung des Ackerbauministeriums zustande kamen; wir sind indessen nicht in der Lage, Näheres über dieselben mitzuteilen.

Was die Kooperation unter den Sozialisten betrifft, können wir hinweisen auf „El Hogar Obrero“, eine Bau-, Kredit- und Konsumgenossenschaft, welche vor acht Jahren gegründet wurde.

Dieselbe hat bis Juni 1914 212 Häuser für ihre Mitglieder gebaut, ausserdem inaugurierte sie ein grosses Haus mit 32 Mietwohnungen von 2 resp. 3 Zimmern mit Zubehör. Zusammen wurden 580 Wohnungen hergestellt, in denen 1266 Personen wohnen.

Hier einige weitere, auf die genannte Genossenschaft bezügliche Daten:

	Pesos
Bewilligte Kredite an Mitglieder	669 360
Gezeichnetes Kapital, bis Juni 1914	2 854 200
Eingezahltes Kapital, dto.	967 477
Mitgliederzahl, dto.	2807
Gewinn im letzten Semester (Jan.-Juni 1914)	2,9 %

Bildung und Propaganda

Es war den tätigen Sozialisten vorbehalten, die Initiative zu ergreifen zur Gründung von Vereinen für Volkskultur, welche in letzter Zeit einen grossen Aufschwung genommen haben. Institutionen, welche es sich zur Aufgabe machten, Wissenschaft und Künste zu pflegen und zu verbreiten, erfüllen sie eine hohe soziale Aufgabe, trotz ihres bescheidenen Auftretens. Es wirken in der Hauptstadt der Verein „Luz“ (Licht), das Volksathenäum und das Arbeiterathenäum (Ateneo Popular und Ateneo Obrero). Die Bibliotheken unserer Organisationen nehmen in zweckdienlichster Weise teil an der Aufklärungsarbeit.

In den Provinzen haben viele unserer Sektionen ihre Bibliotheken, andere sind dabei, solche einzurichten.

Diese Vereine für Volkskultur haben viele Tausende von Broschüren und Flugblättern zu Propagandazwecken verbreitet. Und die Druckerei der „Vanguardia“ hat eine lange Reihe Broschüren herausgegeben, die einzeln aufzuzählen zu weit führen würde. Diese Schriften werden teils gratis verteilt, teils zu billigsten Preisen verkauft.

Schluss

Das ist in grossen Zügen die Tätigkeit der sozialistischen Partei Argentiniens. Wir hoffen, dass unsere Wirksamkeit so wachsen wird, dass wir uns in späteren internationalen Kongressen den eifrigsten und bestorganisierten Bruderparteien an die Seite stellen dürfen. Wir sind am Anfang eines grossen Werkes, und wir werden alle Kräfte aufbieten, um dasselbe mit Intelligenz und Festigkeit zu beenden. Wir arbeiten für den materiellen, moralischen und geistigen Fortschritt des argentinischen Proletariats, mit allen Mitteln und mit aller Begeisterung. Wir sind also gute Mitstreiter der sozialistischen und Arbeiterinternationale, die wir immer grösser und stärker zu sehen wünschen.

Buenos Aires, im Juli 1914.



Für das Exekutivkomité

Mario Bravo

Generalsekretär der Soz. Partei.